

Anfragen und Anträge der **CDU** Gemeinderatsfraktion zum Haushaltsentwurf 2018

Kreisumlage

Anfrage

Im Planentwurf für das Jahr 2018 geht die Verwaltung von einem Hebesatz von 35,0 % für die Kreisumlage aus (vgl. S. 20). Im weiteren Verlauf des Planentwurfs (Haushaltsstruktur: Hebe- / Umlagesätze, S. 431) wird die Kreisumlage hingegen mit 37,5 % beziffert.

Tatsächlich wird sich die Kreisumlage nach dem Vorschlag der Kreisverwaltung auf 35,6 % belaufen, so zumindest der Konsens in den aktuellen Vorberatungen des Kreishaushalts.

- Welcher der beiden im Planentwurf ausgewiesenen Hebesätze wurde tatsächlich berücksichtigt?
- Welche finanziellen Auswirkungen ergeben sich, wenn sich die Kreisumlage tatsächlich auf 35,6 % beläuft?

Naturschutz: Bienenfreundliche Kulturlandschaft / Insektenschutz (1)

Anfrage

Die CDU-Fraktion hat in den letzten Jahren verschiedentlich Anträge zum Schutz der heimischen Bienenwelt, von Insekten, Nützlingen und Singvögeln gestellt.

So etwa zuletzt für das Haushaltsjahr 2016 die beiden Anträge

- „Natur- und Landschaftsschutz: bienenfreundliche Kulturlandschaft“ und
- „Förderprogramm zur Bepflanzung von Ackerrandstreifen“.

Bereits im Jahr 2015 erfolgten die beiden Anträge zur

- „Einsaat von Wiesenblumen für Nützlinge“ und zur
- „Biotopsicherung Auwald am Beibach“

Ergänzend hierzu erfolgte auch unsere Anfrage zum Haushalt 2017 zu früheren Anträgen der CDU-Fraktion zur „Umsetzung der Biotopvernetzung“.

Zwischenzeitlich hat sich die Population von Fluginsekten und Vogelarten in unserem Land dramatisch reduziert, wie u.a. aktuelle Zahlen des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) und der Europäischen Union belegen. Die Gründe sind vielfältig, werden aber oft in den Monokulturen unserer Landwirtschaft begründet.

Die Verwaltung möge nun bitte darlegen, welche konkreten Maßnahmen zum Vogel- und Insektenschutz, resultierend auch aus den o.a. Haushaltsanträgen, konkret umgesetzt worden sind, aktuell umgesetzt werden oder künftig umgesetzt werden sollen.

Naturschutz: bienenfreundliche Kulturlandschaft (2)

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Förderung einer bienen- und schmetterlingsfreundlichen Kulturlandschaft nach dem Vorbild u.a. der Stadt Beelitz (Brandenburg) in Abstimmung mit dem Gemeinderat ab dem Jahr 2018 eine Aktion „Bienenfreundliche Gemeinde“ ins Leben zu rufen.

Die vorläufigen (und sicher nicht allzu hohen) Kosten sind von der Verwaltung zu beziffern und in den aktuellen Planentwurf einzustellen.

Begründung

In Ergänzung zu den beiden Anfragen zur „Bienenfreundlichen Kulturlandschaft“ regen wir an, dem Vorbild der Stadt Beelitz folgend, eine Aktion ins Leben zu rufen, die private „bienens- und schmetterlingsfreundliche Flächen“ ab einer Gartengröße von 10 m² fördert. Hierzu stellt die Gemeinde z.B. kostenfrei mit einem Aktions-Logo bedruckte Samentütchen mit einer Wildblumenmischung zur Verfügung sowie ggf. eine Unterstützer-Plakette (vgl. Link).

Die Stadt Beelitz ruft hierzu sogar einen Wettbewerb aus, der ggf. auch als Anregung für unsere beiden Teilorte dienen könnte. Die Ausgestaltung dieser Aktion soll in Abstimmung mit dem Gemeinderat erfolgen. Möglicherweise ließe sich auch die IG Streuobst einbinden.

Hier als Beispiel und Ideenpool ein Link:

<https://bluehstreifen-beelitz.de/qr-code/private-bienenfreundliche-flaechen/>

Einrichtung eines Online-Dienstleistungsportals

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Dienstleistungen der Gemeinde in Zukunft auch online angeboten werden können. Das Ergebnis ist dem Gemeinderat zeitnah vorzustellen, zu erwartende Kosten sind zu beziffern.

Begründung

Über ein Online-Dienstleistungsportal kann den Bürgern die Möglichkeit angeboten werden, Anliegen zukünftig auch online zu erledigen. Dadurch können neben der Zeitersparnis für den einzelnen Bürger auch Wegstrecken, die häufig mit dem Pkw zurückgelegt werden, eingespart werden.

Außerdem muss es das Anliegen einer mit der Zeit gehenden Kommune sein, das Angebot an Online-Dienstleistungen ständig zu erweitern. Dies kann zu einer höheren Akzeptanz der öffentlichen Verwaltung beitragen.

Denkbar sind zum Beispiel die elektronische Anforderung von Aufenthalts- und Meldebescheinigungen, Melderegisterauskünfte, Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden oder das An-, Um- und Abmelden von Gewerbebetrieben.

Hier einige Beispiele aus anderen Kommunen:

<https://www.noz.de/lokales/soegel/artikel/951990/soegeler-rathaus-nun-permanent-online-geoeffnet>

https://www.ulm.de/politik_verwaltung/buergerservice_a_z/online_dienstleistungen.3556.3076,3571,76578,3556.htm

Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Befragung unter den Vorständen / Leitungen der Kernener Vereine und Organisationen über den Bedarf und eine mögliche Beteiligung an einer Ehrenamtsmesse durchzuführen.

Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat im Laufe des Jahres 2018 zu berichten. Über die weitere Konzeption einer Ehrenamtsmesse soll dann im Bedarfsfall im Gremium beraten werden, die finanziellen Auswirkungen sind später zu beziffern.

Begründung

In den zahlreichen Gesprächen, die wir als CDU-Fraktion in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Vereinsvertretern in unserer Gemeinde geführt haben, war der Nachwuchsmangel eine der am häufigsten beklagten Sorgen. Eine Möglichkeit, diesem Problem entgegenzutreten, könnte die Organisation einer Ehrenamtsmesse darstellen.

Eine Ehrenamtsmesse kann das ehrenamtliche Engagement in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken und die Bürgerinnen und Bürgern zur Ausübung eines Ehrenamts motivieren. Den interessierten Bürgerinnen und Bürgern können dabei die vielfältigen Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements in unserer Gemeinde aufgezeigt werden, wodurch sie die für sie selbst „passenden“ Vereine oder Organisationen finden können.

Den Vereinen und Organisationen bietet sich außerdem die Möglichkeit, untereinander in Kontakt zu treten und sich zu vernetzen. Die Ehrenamtsmesse könnte sowohl in Kooperation mit dem Bürgernetz, als auch (gerade um die junge Generation anzusprechen) mit der Rumold-Realschule und dem Mobilen Jugendreferat durchgeführt werden.

Die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements ist uns vor allem deshalb ein wichtiges Anliegen, da sich hier auch die Qualität unseres Gemeinwesens widerspiegelt.

Jugendhaus: Vermietung von Räumlichkeiten

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen das Jugendhaus bzw. dortige Räumlichkeiten für private Veranstaltungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der Gemeinde Kernen i.R. vermietet werden kann.

Begründung

Für die Durchführung größerer Veranstaltungen stehen in unserer Gemeinde verschiedene Räumlichkeiten zur Verfügung. Für Jugendliche und junge Erwachsene ist es allerdings oftmals schwierig, die passenden Räumlichkeiten für kleinere Feiern oder die Ausrichtung sonstiger Veranstaltungen zu finden. Daher könnte an Tagen, an denen das Jugendhaus nicht durch den regulären Betrieb oder durch Veranstaltungen belegt ist, Räumlichkeiten vermietet werden.

Wichtig sind dabei eine angemessene Höhe der zu entrichtenden Kautions- und eine dem Budget junger Menschen entsprechende Nutzungsgebühr.

Karl-Mauch-Sporthalle

Antrag

Die defekten Außenjalousien in der Karl-Mauch-Sporthalle sind zu reparieren bzw. zu erneuern. Die notwendigen Kosten sind von der Verwaltung zu beziffern und in den aktuellen Planentwurf einzustellen.

Begründung

Ein Teil der Jalousien an der Außenseite der Karl-Mauch-Sporthalle ist defekt und wenig ansehnlich, außerdem ist teilweise die Beschattungsfunktion nicht mehr gegeben. Hier muss dringend für Abhilfe gesorgt werden.

Natur- und Umweltschutz: Bau eines Schwalbenhauses

Antrag

Für den Bau eines „Schwalbenhauses“ sind Mittel in Höhe von 8 000 Euro in den aktuellen Planentwurf für das Jahr 2018 einzustellen.

Ein geeigneter Standort ist in Abstimmung mit dem Gemeinderat festzulegen.

Begründung

Schwalben finden heutzutage kaum noch geeignete Nistplätze. Früher als „Glücksbringer“ geschätzt, sind gegenwärtig nur noch selten Schwalbennester an Gebäuden anzutreffen. Folglich geht die Population von Mehlschwalben in den letzten Jahren deutlich zurück. Dem Beispiel u.a. der Stadt Backnang folgend, soll deshalb auch in unserer Gemeinde ein sogen. „Schwalbenhaus“ errichtet werden.

Für solche Maßnahmen zum Artenschutz sind nebenbei auch Ökopunkte für kommunale Ausgleichsmaßnahmen erhältlich.

Zur Aufstellung des Turmes ist ein geeigneter Standort auszuwählen. Es empfiehlt sich z.B. ein Standort in der Nähe von Gewässern wegen des dortigen höheren Insektenaufkommens. Auch der Grünzug zwischen dem Baugebiet Tulpenstraße und der Kolbenhalde wäre auf Grund des Retentionsbeckens ein möglicher Standort. Schwalbennester befinden sich im OT Rommelshausen z.B. am sogenannten „Schlössle“, weshalb auch der Grünzug hinter dem Rathaus in Betracht kommen könnte.

Sportanlagen: Integration einer Pumptrack-Anlage in den Bike-Park

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob bei der Verlegung bzw. Neuanlage des „Bikeparks“ eine sogenannte „Pumptrack-Anlage“ integriert werden kann. Zusätzlich entstehende Kosten sind zu beziffern und dem Gemeinderat im Rahmen der aktuellen Haushaltsberatungen als Diskussionsgrundlage vorzulegen.

Mit der Abteilung „Bikesports“ in der Spvgg. Rommelshausen ist vorab Verbindung aufzunehmen.

Begründung

Durch den Bau des Sportvereinszentrums ist eine Verlegung des bestehenden Bikeparks erforderlich geworden. Derzeit laufen bereits erste Gespräche der Bikesport-Abteilung in der Spvgg. Rommelshausen mit einem Fachplaner.

Aktuell entwickelt sich eine neue Trendsportart beim Radfahren, das „Pumptracking“. Im Gegensatz zum Fahren auf einem modellierten Erdhügel ist Pumptracking eine Sportart, die auf einer asphaltierten Bahn für Jedermann geeignet und für Kinder und Jugendliche weitgehend ungefährlich ist. Eine solche Anlage sorgt gerade z.B. in Wört (zwischen Ellwangen und Dinkelsbühl) für Furore. Die Kosten der Gesamtmaßnahme werden dort auf 50 000 Euro beziffert.

Möglicherweise sind die im Planentwurf enthaltenen Kosten auskömmlich, um eine solche Anlage in die Gesamtmaßnahme „Bikepark“ zu integrieren. Vorab ist Kontakt mit den seitherigen Hauptnutzern aufzunehmen, ob eine solche Anlage auch für Kernen eine Attraktion sein könnte.

Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

Einzelplan 7, Abschnitt 76, Unterabschnitt 7670, Bürgerhaus (S. 161 im Planentwurf)

Anfrage

Unter der Haushaltsstelle „Fremdleistungen“ sind im aktuellen Planentwurf 40 000 Euro eingestellt. Das Rechnungsergebnis 2016 belief sich auf 7 200 Euro. Wir bitten um nähere Erläuterung.

Wirtschaftliche Unternehmen, Grund- u. Sondervermögen

Einzelplan 8, Abschnitt 88, Unterabschnitt 8810 (S. 176 im Planentwurf)

Anfrage

Unter der Haushaltsstelle „Gebäudeunterhaltung“ sind im aktuellen Planentwurf 107 000 Euro eingestellt. Im Haushaltsjahr 2017 sind 47 000 Euro bereitgestellt, das Rechnungsergebnis 2016 belief sich auf 34 500 Euro.

Wir bitten um nähere Erläuterung, weshalb der Planansatz erhöht wurde.

Schulen

Einzelplan 2, Abschnitt 22, Unterabschnitt 2210, Rumold-Realschule (S. 79 im Planentwurf)

Anfrage

Für den Betrieb der „Heizung“ sind im aktuellen Planentwurf wie bereits im Vorjahr 36 000 Euro eingestellt. Das Rechnungsergebnis 2016 betrug 500 Euro. Wir bitten um nähere Erläuterung des Planansatzes.

Soziale Sicherung

Einzelplan 4, Abschnitt 46, Unterabschnitt 4640, Gemeindekindergärten (S. 109 im Planentwurf)

Anfrage

Unter der Haushaltsstelle „Mitarbeiterpflege“ sind im aktuellen Planentwurf 20 000 Euro eingestellt. Das Rechnungsergebnis 2016 belief sich auf 7 200 Euro. Wir bitten um nähere Erläuterung.

Hauptverwaltung

Einzelplan 0, Abschnitt 02, Unterabschnitt 0200, Öffentlichkeitsarbeit ... (S. 62 im Planentwurf)

Anfrage

Für „Öffentlichkeitsarbeit, Mitteilungsblatt, Internet“ sind im aktuellen Planentwurf 95 000 Euro eingestellt. Das Rechnungsergebnis 2016 betrug 51 000 Euro. Wir bitten um nähere Erläuterung des Planansatzes.

Öffentliche Sicherung und Ordnung / Umweltschutz

Einzelplan 1, Abschnitt 11, Unterabschnitt 1100, Taubenturm (S. 193 im Planentwurf)

Anfrage

Unter der Haushaltsstelle „Taubenturm“ sind im aktuellen Planentwurf insgesamt 35 000 Euro eingestellt, wobei unklar ist, welche Position sich nun tatsächlich auf einen „Taubenturm“ bezieht.

Wir bitten um nähere Erläuterung, welche konkreten Maßnahmen hier vorgesehen sind und welche Kosten tatsächlich zum Ansatz kommen.

Haushaltsanträge und Anfragen, die die CDU-Gemeinderatsfraktion gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, UFW und OGL gestellt hat

Sanierung des Brunnenbeckens im ehemaligen Meierhof

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, das historische Brunnenbecken im ehemaligen „Meierhof“ in der Schafgasse zu sanieren. Die hierfür notwendigen Mittel in Höhe von 6 000 Euro sind in den Planentwurf für das Jahr 2018 einzustellen.

Das Grundstück befindet sich heute in Besitz der Diakonie Stetten. Vor Beginn der Maßnahme ist sicherzustellen, dass der Brunnen dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Begründung

Der Brunnen beim ehemaligen Meierhof ist der wohl älteste noch erhaltene Brunnen in Rommelshausen. Der Schafhof selbst wurde im Jahr 1693 von Herzogin Magdalena-Sybille, die seit 1677 im Stettener Schloss ihren Witwensitz hatte, erworben. Nach ihrem Tod im Jahr 1712 überträgt Herzog Eberhard-Ludwig den Schafhof an seine Mätresse Wilhelmine v. Grävenitz, die das Anwesen erneuern lässt. Der Brunnen trägt das herzogliche Wappen Eberhard-Ludwigs mit dem „Heidenheimer Heiden“ (ab 1704), dürfte also unter der Grävenitz neu gefasst worden sein.

Im Jahr 1989 wurde der Brunnen vermessen. Er besitzt eine Tiefe von 13,60 m. Ein aktueller Kostenvoranschlag einer Restauratorin zur Konservierung des Brunnenbeckens liegt dem Verein für Heimat und Kultur e.V. bereits vor. Im Zuge der Maßnahmen soll auch eine umfassende Dokumentation der Befunde erfolgen. Ferner ist eine mögliche Kostenbeteiligung durch die Diakonie zu prüfen.

Digitalisierung in den Schulen / Umsetzung Bildungsplan 2016

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat bis zu den Osterferien 2018 einen ausführlichen Bericht über den Stand der Digitalisierung insbesondere in der Rumold-Realschule zu berichten.

Gleichzeitig sollte mit den Schulleitungen der beiden Grundschulen ein entsprechender Bedarf für die Grundschüler ermittelt werden.

Begründung

Die Bereitstellung neuer Medien, wie zum Beispiel Whiteboards in allen Klassenzimmern und Tablets für Lehrerinnen und Lehrer und für den Unterricht der Schülerinnen und Schüler, hält seit einigen Jahren Einzug in den Schulen des Landes. Auch die Gemeinde Kernen i.R. hat bislang Anstrengungen unternommen, in Abstimmung mit der Schulleitung der Rumold-Realschule die Umsetzung des neuen „Bildungsplans 2016“ mit der notwendigen digitaler Ausstattung zu unterstützen.

In Gesprächen mit den Schulleitungen der Haldenschule und der Karl-Mauch-Schule ist nun ebenfalls zu klären, ob auch an den Grundschulen ein Bedarf an neuen Medien vorhanden ist, dessen Beschaffung in die Zuständigkeit der Gemeinde als Schulträger fällt. Dem Gemeinderat ist hierüber zeitnah zu berichten, die entsprechenden Mittel sind zu beziffern und spätestens im Haushaltsjahr 2019 bereitzustellen.

Erhalt der Kulturlandschaft

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat Möglichkeiten aufzuzeigen, wie gegen die ständig zunehmenden „Schwarzbauten“ in unserer Kulturlandschaft nachhaltig vorgegangen werden kann. Dabei ist vorab eine juristische Beratung einzuholen und Kontakt mit der zuständigen Abteilung im Landratsamt aufzunehmen.

In Abstimmung mit dem Gemeinderat ist eine entsprechende Konzeption zu erstellen und das weitere Vorgehen abzustimmen. Die ggf. erforderlichen Mittel sind zu beziffern und in den Planentwurf einzustellen.

Begründung

Der Erhalt unserer Kulturlandschaft ist dem Gemeinderat ein wichtiges Anliegen. In den letzten Jahren wurden vielfältige Anstrengungen unternommen, das Landschaftsbild in unserer Gemeinde nachhaltig positiv zu gestalten.

Als besonders störend werden dabei ungepflegte Grundstücke empfunden, aber auch die ständig zunehmenden „Schwarzbauten“ verunstalten das Landschaftsbild. Illegal errichtete Hütten, Verschlänge und Einfriedungen, das wilde Ablagern von Schrott und Müll – die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Es ist nunmehr an der Zeit, den illegal errichteten Bauten und damit einer weiteren Verschandelung der Landschaft entgegenzuwirken. Andere Kommunen erfassen solche Grundstücke und fordern die Besitzer unter Ankündigung eines Bußgeldes auf, illegale Anlagen innerhalb einer bestimmten Frist zu entfernen. Auch die Gemeinde Kernen i.R. sollte nun endlich gegen diese Form der Landschaftsverunstaltung vorgehen. Dabei geht es uns nicht darum, die Bürgerinnen und Bürger zu gängeln, die ihre Grundstücke pflegen und nutzen. Vielmehr soll der Erholungswert unserer Kulturlandschaft in den Vordergrund gestellt werden.

Beschaffung von E-Bikes für die Gemeindeverwaltung

Antrag

Für die Verwaltung werden zwei E-Bikes beschafft. Die Kosten sind zu beziffern und in den aktuellen Planentwurf für das Jahr 2018 einzustellen.

Begründung

Immer wieder wurde von verschiedenen Mitarbeitern aus der Verwaltung gegenüber Mitgliedern des Gemeinderates der Wunsch geäußert, kleinere Dienstfahrten gerne mit dem Fahrrad auszuführen.

Tatsächlich muss nicht immer für Dienstgeschäfte der einzelnen Ämter und Bereiche innerhalb der Gemeindegrenzen ein Dienstfahrzeug genutzt werden. Bei der Beschaffung könnten z.B. eine Damen- und eine Herrenversion berücksichtigt werden, selbstverständlich auch zwei Universalräder.

Anstelle des zweiten E-Bikes könnte ggf. auch ein konventionelles Fahrrad beschafft werden, sofern Mitarbeiter dies als Alternative zur elektrischen Version bevorzugen.

Verkehr: Elektro-Mobilität (Einzelplan / Abschnitt 61)

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzeption über den planmäßigen Ausbau einer Infrastruktur für kommunale Ladestationen zur nachhaltigen Sicherung der Elektro-Mobilität zu erstellen.

Sofern möglich, sollen dabei auch Ladestationen mit einer Photovoltaik-Speisung berücksichtigt werden.

Begründung

Derzeit setzt die Politik verstärkt auf den Ausbau der E-Mobilität. In den kommenden Jahren wird deshalb mit einem deutlichen Zuwachs an Elektro- und Hybridfahrzeugen zu rechnen sein. Die Gemeinde Kernen i.R. sollte sich frühzeitig für die mobile Zukunft wappnen. Eine frühzeitig erarbeitete Konzeption verhindert Versäumnisse bei der Planung von öffentlichen Parkplätzen und Gebäuden. So können etwa bei geeigneten Gebäuden bereits Leerrohre eingeplant werden, die zu einem späteren Zeitpunkt den Aufwand zur Errichtung einer E-Ladestation verringern.

Verkehrssituation an der Landesstraße 1199 / Einmündung Landesstraße 1201

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bau eines Kreisverkehrs an der Einmündung der Landesstraße 1199 in die Landesstraße 1201 prüfen zu lassen.

Da die Straßeneinmündung nicht auf der Gemarkung der Gemeinde Kernen i.R. liegt, ist mit der Stadt Weinstadt und den zuständigen Verkehrsbehörden Verbindung aufzunehmen. Dem Gemeinderat ist über das Ergebnis und die weiteren Maßnahmen zu berichten.

Begründung

Insbesondere zu Zeiten des Berufsverkehrs in den Morgen- und Abendstunden stehen Verkehrsteilnehmer aus Richtung Stetten kommend im Stau. Dabei kommt es auch regelmäßig für ausfahrende PKW und für Radfahrer zu gefährlichen Situationen.

Ein Kreisverkehr mit einer durchdachten Streckenführung könnte hier den Verkehrsfluss deutlich erleichtern und Gefahrensituationen eingrenzen. Die Sicherheit für PKW-Lenker und Radfahrer würde sich wesentlich erhöhen.

Nachdem an die Landesstraße 1201 angrenzend von der Stadt Weinstadt eine Wohnbebauung vorgesehen ist, ist davon auszugehen, dass eine Zufahrt in das neue Wohngebiet an die Landesstraße anschließen wird. Das Verkehrsaufkommen wird sich dadurch weiter erhöhen. Ein Kreisverkehr an dieser Stelle wäre insofern auch für Weinstadt eine gute Lösung.

Streuobstwiesenprojekt „Lindhaldenwiesen“

Antrag

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 10.11.2015 eine Nutzungskonzeption für das Gebiet „Lindhaldenwiesen“ im OT Stetten beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat zeitnah einen Sachstandsbericht zur Umsetzung der Nutzungskonzeption vorzutragen.

Begründung

Die Erhaltung der Streuobstwiesen als Kulturlandschaft ist dem Gemeinderat schon seit vielen Jahren ein großes Anliegen. Mit der Flurbereinigung „Kammerforstheide“ wurde ein weithin beachtetes Projekt zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft verwirklicht.

Unsere Absicht ist es, auch im Gebiet „Lindhaldenwiesen“ im Ansatz ein ähnliches Projekt zu verwirklichen.

Wir bitten deshalb um einen Sachstandsbericht über die bisher angelaufenen vorbereitenden Arbeiten.

Bau -und Wohnungswesen: Sozialer Wohnungsbau

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Konzeption bzw. einen Zeitplan für die Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum für Mitbürgerinnen und Mitbürger mit geringem Einkommen zu erstellen und dem Gemeinderat zur weiteren Beratung vorzulegen.

Dabei sind insbesondere auch die finanziellen Auswirkungen bei einer Finanzierung mit kommunalen Mitteln zu prüfen.

Begründung

Der Wohnungsmarkt in der Gemeinde Kernen i.R. ist trotz intensiver Neubautätigkeit nach wie vor sehr angespannt. Die Preise für Wohneigentum und Mieten steigen ständig an. Eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist selbst für Mitbürgerinnen und Mitbürger mit mittlerem Einkommen fast unmöglich.

In der Gemeinde Kernen i.R. wurde in den letzten Jahren in Kooperation mit der Kreisbaugruppe in der Beinsteiner Straße zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Weitere Wohnungen sind in der Beinsteiner Straße, der Robert-Bosch-Straße, der Dinkelstraße und am Weihergraben im Bau bzw. geplant. Angesichts der großen Zahl von Wohnungssuchenden in unserer Gemeinde reichen die bisherigen Anstrengungen allerdings nicht aus.

Die Finanzierung von günstigem Wohnraum durch die Gemeinde ist im Grundsatz wünschenswert, damit Wohnungen längerfristig zu bezahlbaren Mietpreisen verfügbar sind und Gemeindevermögen geschaffen wird. Für weitere Beratungen im Gremium sind belastbare Zahlen erforderlich.

Photovoltaik auf kommunalen Gebäuden

Antrag

Unabhängig von gesetzlichen Verpflichtungen ist grundsätzlich zu prüfen, ob kommunale Gebäude – und hier insbesondere Neubauvorhaben und Gebäude, in denen Umbaumaßnahmen ausgeführt werden – geeignet sind, eine Photovoltaikanlage aufzunehmen.

Die Verwaltung hat dem Gemeinderat hierüber zu berichten. Ferner ist zu prüfen, welche kommunalen Gebäude für eine Nachrüstung ggf. in Frage kommen. Aspekte der Rentabilität sind dabei zu berücksichtigen.

Begründung

Photovoltaikanlagen tragen dazu bei, dass umweltfreundlich Strom erzeugt werden kann, der weniger klimaschädliches CO₂ produziert. Die Gemeinde Kernen i.R. hat hier in ihrer Vorbildfunktion bereits mehrere Photovoltaikanlagen in Betrieb genommen.

Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob auch weitere Gebäude im Zuge von Neubau- oder Umbaumaßnahmen, wie etwa die Sozialstation, die projektierten Sozialwohnungen oder der Neubau des Kindergarten in der Blumenstraße in Frage kommen, eine Photovoltaikanlage aufzunehmen. Dabei sind die statischen Anforderungen, Gesichtspunkte der Rentabilität und Konflikte mit Dachbegrünungen zu berücksichtigen.

Bearbeitungsstand nicht erledigter Anträge aus den Vorjahren

Anfrage

Wir bitten um aktuelle Bekanntgabe, welche Haushaltsanträge aus den zurückliegenden Jahren 2015 bis 2017 bislang noch nicht abgearbeitet wurden. Zudem bitten wir um Mitteilung des aktuellen Bearbeitungsstandes und der Bekanntgabe von Gründen, die einer Ausführung bislang entgegen standen.

Die Aufstellung erbitten wir bis zu den Vorberatungen in schriftlicher Form.

Ferner regen wir an, dass die Verwaltung künftig regelmäßig, beispielsweise zur Jahresmitte und vor den jeweils anstehenden nächsten Haushaltsberatungen, dem Gemeinderat eine entsprechende Liste mit dem aktuellen Stand der Umsetzung von Haushaltsanträgen vorlegt.

Haushaltsanträge und Anfragen, die die CDU-Gemeinderatsfraktion gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und UFW gestellt hat

Kindergärten (Einzelplan / Abschnitt 46)

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig vorbereitende Maßnahmen zu treffen, damit an der Karl-Mauch-Schule zum Beginn des Schuljahres 2018 / 2019 eine zweite Vorschulgruppe eingerichtet werden kann.

Diese Vorschulgruppe soll nur bei entsprechender Nachfrage von mindestens fünf Kindern eingerichtet werden. Deshalb ist der Gemeinderat frühzeitig über die Zahl der zu erwartenden Vorschulkinder zu informieren und bei der endgültigen Entscheidung einzubeziehen.

Begründung

Aus unterschiedlichen Gründen gelang es der Verwaltung nicht, für das laufende Kindergartenjahr im Ortsteil Stetten eine zweite Vorschulgruppe einzurichten. Das soll sich nicht wiederholen.

Durch eine zweite Gruppe in Stetten wird sich auch die Belegungssituation in den Kindergärten entspannen. Zudem müssen die Stettener Kinder im letzten Kindergartenjahr ihre gewohnte Kinderger-tenumgebung nicht verlassen.

In Rommelshausen wiederum können die Korridorkinder des Kinderhauses „Pezzettino“ in die Vorschule im Hause aufrücken. Diese Vorgehensweise ist ein wesentliches Element des sehr erfolgreichen pädagogischen Konzeptes des Kinderhauses.

Fortschreibung der Feuerwehrbedarfsplanung für die Gemeinde Kernen im Remstal / Umsetzung der Fahrzeugkonzeption

Antrag

Die Gemeinde Kernen im Remstal beschafft, wie in der Fahrzeugkonzeption der neuen Feuerwehrbedarfsplanung empfohlen, als Dienst- und Einsatzfahrzeug für die Feuerwehr einen Kommandowagen (KdoW). Hierfür sind Mittel in den Planentwurf in Höhe von 60 000 Euro einzustellen.

Weiter ist zu prüfen, ob ein aktuelles Vorführfahrzeug erworben werden kann oder der Ausbau eines Elektrofahrzeuges möglich ist.

Begründung

Mit der Fortschreibung der Feuerwehrbedarfsplanung aus dem Jahr 2008 wurde von der Verwaltung ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger beauftragt. In der nun dem Gemeinderat als Vorabzug vorliegenden Bedarfsanalyse wird u.a. die Beschaffung eines Kommandowagens für die Feuerwehrführung als sinnvoll erachtet und zur Beschaffung empfohlen. Die Fraktionen von CDU, SPD und UFW unterstützen auch weiterhin die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr in unserer Gemeinde. Als Zeichen der Wertschätzung dieser ehrenamtlichen Arbeit sollen die Forderungen aus der aktuellen Bedarfsanalyse von der Verwaltung zeitnah umgesetzt werden.

Ein Kommandowagen dient in erster Linie als Dienst- und Einsatzfahrzeug für den Kommandanten und Einsatzleiter, um schnellstmöglich direkt und ohne vorherige Anfahrt zum Feuerwehrgerätehaus an die Einsatzstelle zu gelangen. Hierdurch wird insbesondere tagsüber eine unverzügerte Anfahrt zur Einsatzstelle sowie eine frühzeitige Lageerkundung zur Einweisung nachfolgender Kräfte und Fahrzeuge ermöglicht. Außerdem soll das Fahrzeug auch den von der Feuerwehr Kernen i.R. für den Rems-Murr-Kreis gestellten Chemiefachberatern, dem Kreisfeuerwehrpressesprecher und den Mitgliedern des überörtlichen Führungsstabes als Dienst- und Einsatzfahrzeug zur Verfügung gestellt werden. Aktuell beschafft z.B. die Gemeinde Aspach ein solches Fahrzeug. Vergleichbare und auch kleinere Gemeinden wie etwa Leutenbach verfügen zwischenzeitlich über einen Kommandowagen.

Nach der ab dem 01.01.2018 geltenden neuen Verwaltungsvorschrift über Zuwendungen im Feuerwehrwesen (VwV Z-Feu) wird es für Kommandowagen künftig leider keine Landesmittel als Zuschuss geben. Mit der Beschaffungsmaßnahme soll deshalb ab dem Beschluss des aktuellen Haushalts begonnen werden.

Sportvereinszentrum

Antrag

Das Sportvereinszentrum soll nach den aktuellen Planungen eine Photovoltaikanlage erhalten, die einen Teil des Daches bestücken wird. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ggf. auch der Betrieb einer solchen Anlage in Form eines „Mietmodells“ durch die Gemeinde in Frage kommt.

Begründung

Mit der Gemeinde als Betreiber der Photovoltaikanlage auf dem Sportvereinszentrum könnten Module installiert werden, die ggf. den gesamten Dachbereich abdecken (sofern das aus statischen Gründen realisierbar ist). Der Vorteil für die Sportvereinigung als Besitzer des Gebäudes wäre, dass sie die Anlage nicht auf eigene Kosten erstellen müsste und dadurch einen erweiterten finanziellen Spielraum hätte.

Auch hier sind zunächst die statischen Belange, baurechtliche Vorgaben und die Grundsätze der Rentabilität zu prüfen.

Haldenschule: Kernzeitenbetreuung und Hort

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die aktuelle Situation beim Mittagessen in der Kernzeitenbetreuung / im Hort verbessert werden kann. Die Prüfung soll die mögliche Erweiterung / Verlegung der Räumlichkeiten als auch die Verbesserung der Küchenausstattung umfassen.

Begründung

Derzeit nehmen täglich etwa 80 Schülerinnen und Schüler aus der Kernzeitenbetreuung und dem Hort ein Mittagessen ein. Auf Grund des großen Andrangs herrscht räumliche Enge; die Situation ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Da aller Voraussicht nach der Bedarf weiter zunehmen wird, muss eine Verbesserung der Situation angestrebt werden.

Kernen i.R., 20. Oktober 2017

Andreas Wersch

- Fraktionsvorsitzender -

CDU Gemeinderatsfraktion
Kernen im Remstal
